

Das sollte durchaus positiv gesehen werden

Zum Artikel „Frauen wehren bewaffneten Räuber ab“ vom 9. Oktober:

In der Nachricht heißt es: „Die beiden Frauen wehrten sich aber renitent.“ Synonyme für „renitent“ sind zum Beispiel „unwillig“, „widerspenstig“, „bockig“, „eigensinnig“, „störrisch“ oder „dickköpfig“ (Duden). „Renitent“ ist im deutschen Sprachgebrauch negativ besetzt, wie aus den Synonymen ersichtlich wird – wenn es denn ein Redakteur nicht sowieso weiß. Dass sich Frauen gegen einen Räuber zur Wehr setzen und das auch noch erfolgreich, sollte meiner Meinung nach durchaus positiv gesehen werden. Vielleicht sollte sich der Redakteur mal mit seinen Deutschkenntnissen beschäftigen (das ist die freundliche Annahme) oder sein Frauenbild hinterfragen.

Betina Eimer
84186 Vilsheim

Frau A. wurde behandelt wie eine Verbrecherin

Zu den Artikeln „Er ist gut integriert“ vom 2. Oktober und „Hardliner oder hilfsbereite Beamte?“ vom 3. Oktober:

Mit Interesse habe ich die beiden Artikel über die beabsichtigte Abschiebung der zwei jungen Afghanen in Ihrer Zeitung gelesen. Ich gönne den beiden ihre Chance. Aber warum berichtet Ihre Zeitung nicht auch über die Abschiebung der Nigerianerin Grace A. mit ihren vier Kindern am ersten September-Wochenende? (...)

Frau A. lebte seit Sommer 2014 in Ergolding/Piflas und war als Christin besonders gut in der Pfarrei St. Johannes integriert. Die Kinder besuchten Kindergarten und Schule in Piflas und Ergolding, die ältere Tochter sogar den M-Zweig. Alle sprechen gut Deutsch.

Offensichtlich wurde die Familie nicht als asylberechtigigt anerkannt und sollte ausreisen. In einer Nacht- und-Nebelaktion wurden Frau A. und ihre Kinder im Alter von sechs bis 13 Jahren unter dramatischen Umständen (drei Polizei-Fahrzeuge!) aus der Wohnung geholt. Wo die Familie sich jetzt aufhält, beziehungsweise ob sie bereits abgeschoben wurde, wird aus Datenschutzgründen nicht gesagt.

Selbst, wenn die Abholung rechtlich in Ordnung war, die Art und Weise der Durchführung war es meiner Meinung nach nicht. Frau A. wurde behandelt wie eine Verbrecherin. Sie ist aber weder eine Islamistin noch eine Terroristin oder Gefährlerin, sondern eine Mutter, die sich für ihre Kinder einsetzt. Das Trauma, das die Kinder bei der nächtlichen Aktion erlitten, wird sie ein Leben lang begleiten. Wen wundert es da noch, wenn Wut und Hass entstehen.

Hätten in diesem Fall vor einer Abschiebung nicht auch humanitäre Gesichtspunkte geprüft werden

müssen? Ist die Leistung einer Mutter, die vier Kinder unter schwierigen Umständen erzieht, nicht zumindest gleichzusetzen mit der Arbeit in einem Betrieb, zumal die beiden älteren Kinder schon in wenigen Jahren mit perfekten Sprachkenntnissen unserem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen würden, wenn man sie nur ließe?

Persönlich würde mich noch interessieren, welche Stelle für so irrsinnige Anordnungen, Kinder nachts aus dem Bett zu holen, verantwortlich ist. Das konnte ich leider bisher nicht in Erfahrung bringen.

Erna Deller
84030 Ergolding

Weil die Parteien solche Gesetze erlassen haben

Zum Artikel „Kritik an ‚Vollausstattung‘“ vom 22. September:

Unsere Altbundespräsidenten erhalten einen jährlichen Ehrensold von mehr als 200000 Euro. Auch Herr Christian Wulff bekommt nach nur 20-monatiger Amtszeit diese Altersversorgung.

Ich habe über 51 Jahre gearbeitet, dafür wird mir jetzt meine minimale Arbeitnehmerrente von 89 Euro vom Ruhestandgehalt abgezogen, weil ich als Soldat auf Zeit und mittlerer Beamter die Höchstgrenze erreicht habe. Der Abzug der Rente ist laut Gesetz sogar legal, weil unsere etablierten Parteien im Bundestag solche Gesetze erlassen haben.

Es gibt noch zig Beispiele, etwa die Bankenrettung, bei denen man den Falschen das Geld hinterherwirft, um es den kleinen Leuten abzuziehen. Das sollten wir unseren Politikern nicht weiter durchgehen lassen.

Matthias Nagl
84137 Vilsbiburg

Die Erneuerung der Kirche kommt kaum voran

Zum Artikel „Bischof bietet Opfern weiter Gespräche an“ vom 1. Oktober:

Inzwischen genügen wohl vielen Lesern solche Überschriften, den Artikel mag man schon gar nicht mehr genauer durchsehen. Das dreimalige „Windhauch“ des Weisheitslehrers Kohelet im Alten Testament liegt einem viel näher als die Hoffnung auf Veränderung in der katholischen Kirche. Daran ändert auch das verlesene Hirtenwort vom Sonntag wohl nur wenig. (...)

Die Religionskritiker haben es nicht schwer: Weder die Gleichberechtigung noch die Menschenrechte seien auf dem Boden der Religionen gewachsen. Sie propagieren Frieden, seien aber oft Brutstätten von Konflikten, sie stünden vielfach für Unterdrückung, Verachtung der Sexualität und eine Verstümmelung des Denkens (Milosz Matuschek, *Neue Zürcher Zeitung*). So hat etwa die katholische Kirche bis 1863 gebraucht, um die Freiheit des Gewissens anzuerkennen. Mit den Menschenrechten tut sich bis heute nicht nur das Christentum schwer.

Die Aufarbeitung des Missbrauchs wirkt auch nicht gerade glaubhaft, wenn den beauftragten Forschern anscheinend der unmittelbare Zugang zu den Archiven verwehrt wurde. Am besten, so mancher Bischof würde von seinem Amt heruntersteigen, ins Kloster gehen und sich in die Patristik vergraben. Er könnte dann auch ruhig sein Pectorale ablegen und brauchte es nicht mehr zu verstecken wie in Jerusalem.

Die ständige Erneuerung der Kirche („semper reformanda“) kommt kaum voran, die Gläubigen müssen den Papst vor dem vatikanischen Apparat schützen, dazu hat der Wiener Pastoralprofessor Paul Zuhner die Aktion „Pro Pope Francis“ gegründet. Viele Ergebnisse des Zweiten Vatikanums und der Würzburger Synode wirken heutzutage nicht selten wie ferne Utopien. Näher sind da schon das pastorale

Unglück, das man in Riekokfen angeordnet hat, der fatale Multikulturalismus der Kirchen und die Sorge um Europa insgesamt. Vielleicht hält man noch Ausschau nach einer Heideggerschen „Lichtung“, oder man hofft trotz Kohelet auf das tröstende Pneuma.

Rudolf Mack
94315 Straubing

Langfristig raus aus dem Verbrennungsmotor

Zur Diesel-Debatte:

Wir haben definitiv ein Problem: unsere Kfz-Industrie und die hiermit verbundene Gesundheit unserer Bevölkerung, die Ohnmacht, das komatöse Gehabe der Politikvertreter. (...) Zum Ursprung des Problems hier zur Erinnerung die Technik mit den Auswirkungen.

Selektive katalytische Reduktion, SCR, reduziert bevorzugt Stickoxide (NO, NO₂) mittels Harnstoff und Metall-Katalysator zu Stickstoff (N₂) und Wasser (H₂O), die Oxidation von Schwefeldioxid (SO₂) zu Schwefeltrioxid (SO₃, Schwefelsäure), Schwefelwasserstoff (H₂S) und Blausäure (HCN) wird weitgehend unterdrückt. Ein Oxidationskatalysator oxidiert Kohlenmonoxid (CO) und Kohlenwasserstoffe (HC) zu Kohlendioxid (CO₂), zu viel entstandenes Ammoniak (NH₃) zu Stickstoff (N₂) und Wasser; das mittels thermischer Reaktion und Hydrolyse (hohe Temperaturen). Mehrere größere Katalysatoren und ein zusätzlicher Tank für die Harnstoff-Lösung (AdBlue) sind dazu nötig. Katalysatoren sind Titandioxid, Vanadiumpentoxid und Wolframdioxid, Zeolith, Aktivkohle, Keramikmaterial und vor allem die Edelmetalle Platin, Paladium und Rhodium! All diese „Materialien“ gelangen feinst verteilt in die Umwelt, zusätzlich zu Reifen-, Bremsabrieb (...) in allerlei (...) lungenfähigem Feinstaub. (...)

Hauterkrankungen, Atemwegserkrankungen und vor allem Asthma, Atherosklerose, Thrombose, Alzheimer, Erbschäden sowie Krebserkrankungen wie Leukämie steigen rapide seit der Einführung der Katalysatoren in den westlichen Ballungsgebieten – ab 1990 auch überproportional in den Ostblock-Staaten mit Wegfall der Mauer und Austausch alter Kraftfahrzeuge gegen Katalysator-Autos.

Gewarnt wurde vor 35 bis 40 Jahren schon von Experten mit Ergebnissen aus entsprechenden Versuchen mit den Katalysatoren in den USA, ohne dass irgendjemand darauf gehört hätte. Die direkte Einatmung durch Fußgänger sowie Schwangere und Kleinkinder erklärt die Erkrankungsraten. Daher auch die hohen Schadensforderungen und Zahlungen durch die Kfz-Industrie in den USA! (...)

Die Konsequenz: langfristig raus aus dem Verbrennungsmotor. Rein in die Brennstoffzellen-Technik! Es sei denn, man will auf Kosten der Bevölkerung die Gesundheitsindustrie weiter puschen.

Prof. Dr. Reinhold Kiehl
94315 Straubing

Verantwortung in Sachen Erodieren des Rechtsstaats

Zum Artikel „Koalition einigt sich auf Diesel-Paket für belastete Städte“ vom 3. Oktober:

Wie viel der Konzernhörigkeit und -willfährigkeit der Automobilindustrie gegenüber braucht es eigentlich im Politikbetrieb, dass man sich deren Gefeiße bieten lassen muss? (...) Verkehrsminister Andreas Scheuer und sein Vorgänger Alexander Dobrindt (...) tragen große Verantwortung in Sachen Erodieren des Rechtsstaats und sein Tendieren in Richtung Bananenrepublik, indem sie Verursacher nachhaltiger Schäden an Umwelt und menschlicher Gesundheit haben ungeschoren davonkommen lassen. Indem sie für Schäden an Mensch und Umwelt durch einen jahrelang unbehebt massiv überhöhten Abgas- und

Treibhausgasausstoß sowie überhöhten Treibstoffverbrauch von den Autokonzernen keinen Schadenersatz haben eintreiben lassen.

Da lassen die CSU-Politiker Dobrindt und Scheuer das Prinzip „Gewinne privatisieren – Schäden und Kosten sozialisieren“ sogar noch für das mit hoher Kriminalität illegal Verdiente durchgehen. Und burden die Lasten der Allgemeinheit auf. Unanständig, eine korruptionsaffine Veruntreuung des höchsten Gutes der Bevölkerung, unserer natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für Gesundheit und Lebensqualität für alle. Eines Rechtsstaates absolut unwürdig.

Die Gewählten haben nun schleunigst etliche verschleppte Hausaufgaben zu machen, wenn sie sich nicht mitschuldig am Erodieren des Rechtsstaates machen wollen. Sie müssen das umgehend, hier und jetzt, noch nachholen: monetären Schadenersatz für Umwelt- und Gesundheitsschäden und gleichzeitig staatlicherseits die Abschöpfung der damit erzielten illegalen Gewinne von den Profiteuren dieser Missstände. (...) Sie haben gesetzgeberisch Vorsorge zu treffen gegen ähnlich gelagerte Fälle der bewussten Verschonung von Schädigern vor dem Einfordern von Schadenersatzansprüchen für von ihnen verursachte Schäden an Schutzgütern wie Luft, Klima und an der menschlichen Gesundheit: mit einem diesbezüglich zielgenau greifenden einschlägigen Straftatbestand.

Und sie müssen den Umstieg vom Auto auf Fahrrad, Bus und Bahn befördern. Per konsequentem Ausbau des ÖPNV- und Bahnangebotes mit genereller Angebotsverdichtung: Halbstundentakt auf hoch belasteten Hauptstrecken sowie ein stündliches Fernverkehrsangebot, etwa zwischen Nürnberg und Passau.

Johann Meindorfer
Arbeitskreis Ostbayern
Verkehrsclub Deutschland (VCD)
94315 Straubing

Warum sollte es 2018 anders sein als 2013?

Zum Artikel „CSU laut neuer Umfrage nun bei 35 Prozent“ vom 6. Oktober:

Man kann den Sinneswandel von Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger kaum glauben, wenn man sich an den Landtagswahlkampf von 2013 zurückerinnert, als der damalige SPD-Spitzenkandidat Christian Ude mit einem Ferkel auf dem Arm am Hof des FW-Vorsitzenden zu sehen war. SPD-Spitzenkandidatin Natascha Kohnen würde sehr gern noch auf den Hof von Hubert Aiwanger kommen, wie bei der Diskussion der Fünferunde im BR-Fernsehen zu hören war.

Warum sollte es jetzt 2018 anders sein als 2013? Wenn es eine demokratische Mehrheit gegen die CSU im Landtag gibt, muss man damit rechnen, dass diese auch gegen die CSU verwendet wird. Insbesondere, wenn Hubert Aiwanger stellvertretender Ministerpräsident oder gar Ministerpräsident werden würde. Es gäbe für viele FW-Funktionäre keine glücklicheren Momente als den Verlust der Regierungsverantwortung für die CSU. Alle demokratischen Parteien in einem Parlament müssen miteinander koalitionsfähig sein, würde es dann heißen, was ja grundsätzlich richtig ist.

Jakob Obner
84149 Velden

Frühkindliche Bildung ist ein Irrweg

Zur Forderung nach frühkindlicher Bildung im bayerischen Landtagswahlkampf:

Wenn es nach der FDP und anderen Parteien ginge, würden – überspitzt gesagt – bereits Neugeborene im Kreißaal ein Tablet überreicht bekommen, in dem sie auf YouTube das Nuckeln erlernen können. Aber im Ernst: Wenn im Wahlkampf immer wieder gefordert wird, die so-

genannte frühkindliche Bildung müsse intensiviert werden, so ist das schlichtweg ein Irrweg: Kleinkinder brauchen in erster Linie keine „Bildung“, denn sie erobern sich ihre Umgebung ganz von alleine; dieser Lernwille und diese Lernfähigkeit sind ihnen angeboren. Was sie viel dringender brauchen, ist frühkindliche Pflege beziehungsweise, um einen guten altmodischen Begriff zu verwenden: Geborgenheit. Und gerade dies wird Kleinkindern verwehrt, wenn sie – gebetsmühlenartig in Wahlprogrammen wiederholt – bereits mit wenigen Monaten in Kinderkrippen gegeben werden, wo sie keine elterliche Geborgenheit mehr erleben, sondern sich die Zuwendung der Kinderpflegerinnen und Erzieherinnen mit fünf bis zehn anderen Kleinkindern teilen müssen. Dies ist eine starke Belastung für die Entwicklung des Urvertrauens, die entwicklungspsychologisch gesehen erst mit circa drei Jahren (!) abgeschlossen ist.

Von daher ist es ein Jammer, dass eigentlich nur die unselige rechtspopulistische AfD (möge sie am Wahlsonntag abstürzen!) in diesem Zusammenhang ein Umdenken fordert. Bei aller Kritik, die man an dieser Partei üben kann und muss: Die AfD hat recht, wenn sie dem Kinderkrippen-Wahn das „traditionelle“ Familienbild entgegensetzt. Dabei geht es eben nicht darum, Frauen zu „Heimchen am Herd“ zu degradieren, sondern Eltern durch finanzielle Förderung eine wirklich freie Wahl zu ermöglichen, ob sie ihr Kind in den ersten Jahren selber pflegen und erziehen oder diese Aufgabe teilweise einer Kinderkrippe übertragen möchten.

Tobias Wosegien
Diplom-Sozialpädagoge
84032 Landshut

Vertrauen gegen Vertrauen

Zum schwindenden Vertrauen in Politik, Wirtschaft und Kirche:

Wir leben in einer sehr unruhigen Zeit, wo fast überall über Vertrauensverlust gesprochen wird. Die katholische Kirche streitet über den Missbrauch mit Kindern, was Vertrauen verspielt hat. Der Dieselskandal hat das Vertrauen von Millionen in die Automobilindustrie nachhaltig gestört. Die politische Handlungsfähigkeit der Bundesregierung wird mit dem Misstrauen vieler Bürger quittiert. Die Bundeskanzlerin sieht keinen Grund, die Vertrauensfrage zu stellen. Nach einer repräsentativen Umfrage des Pew Research Centers in 25 Ländern genießt die Bundeskanzlerin mit 52 Prozent das höchste Vertrauen! Das gute altdeutsche Vertrauen gegen Vertrauen erscheint Mangelware zu werden!

Wieso gehört Vertrauen heute nur noch selten zur Ehrensache, zum Ehrenkodex der Menschen? Wieso ist Kontrolle überall mehr wert als das Vertrauen, wo alles über Verträge, vom Notar, dem Rechtsanwalt abgesichert sein muss, wo Absicherung über dem Vertrauen steht? Vertrauen kann man nicht erkaufen, als kostbares Gut ist es unbezahlbar. Es muss wachsen, gedeihen, geachtet werden. Ohne dem gibt es kein Vertrauen gegen Vertrauen!

Wo eine Partnerschaft fehlt, Sozialneid wuchert, wo es Mobbing gibt, Missgunst vorherrscht, es keine gegenseitige Achtung gibt, das Miteinander gestört ist usw., kann es keinen guten Nährboden für Vertrauen geben, geschweige es aufblühen. Wer das alles und mehr, so im Großen wie im Alltag, nicht zur Maxime macht, der muss mit Misstrauen leben. Ohne ein Vertrauen ist eigentlich jeder Mensch arm dran. Ohne ein Vertrauen kann es keine gute Zukunft der Zivilgesellschaft geben. Vertrauen gehört zum Menschsein. Da liegt wohl viel im Argen.

Niemand kann regieren ohne Vertrauen seiner Bürger. Der schlechende Verlust an Vertrauen kann auch gefährlich für die Demokratie werden! Prof. Dr. Alfred Keck
84034 Landshut

Leserbriefe sollen kurz und prägnant gehalten sein und sich auf sachliche Weise mit den Inhalten unserer Zeitung auseinandersetzen. Bitte geben Sie den Artikel samt Erscheinungsdatum an, auf den sich Ihr Brief bezieht. Zur Bearbeitung benötigen wir ferner Ihren Namen, Ihre Adresse und Ihre Telefonnummer. Die Redaktion behält sich das Recht Kürzung vor. Die Redaktion hat die inhaltlichen Aussagen nicht überprüft, diese liegen in der Verantwortung des Autors. Die Aussagen des Verfassers spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

Ihre Leserbriefe können Sie an *Straubinger Tagblatt*, Politische Leserbriefe, Ludwigsplatz 32, 94315 Straubing oder an leserbriefe@idowa.de schicken.